



## Pressemitteilung

### **Bürgerforum lehnt vorgelegten Haushalt ab, ebenso wie die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer**

Alle Jahre wieder, steht in Hohenbrunn im Dezember die Entscheidung über den gemeindlichen Haushalt an. In diesem Jahr – wie auch schon im Vorjahr – schlägt die-Verwaltung vor, die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen.

Dem Haushalt konnten die Vertreter des Bürgerforums in der vorgelegten Form nicht zustimmen. Auch wenn der Haushalt formal ausgeglichen ist, so ist er aus Sicht des Bürgerforums doch unvollständig. Zum Beispiel fehlen im Haushalt Projekte, die im Haupt- und Finanzausschuss bereits besprochen wurden und zu denen fristgerecht Anträge in der Verwaltung eingereicht wurden.-Nicht enthalten ist beispielsweise die Forderung eines stufenfreien Ausbaus des Bahnhofs Hohenbrunn, ein Antrag des Bürgerforums. Ebenso fehlen die Erhöhung der Schwimmbadgebühren und die Errichtung und der Betrieb einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Grundschule Riemerling. Diese Anträge sind haushaltsrelevant und sollten daher in den Haushalt 2016 eingearbeitet werden. Stattdessen setzte die Verwaltung diese an das Ende der Tagesordnung bzw. der Antrag zum Ausbau des Bahnhof Hohenbrunns schaffte es erst gar nicht auf die Tagesordnung.

Die möglicherweise notwendige neue Heizzentrale (geschätzte Investition 215.000€), zu der es weder einen Projektplan, noch einen Beschluss gibt, ist demgegenüber, trotz kontroverser Diskussionen im Finanzausschuss, im Haushalt berücksichtigt.

Die genannten Punkte führten zu einer sehr unbefriedigenden Situation bei der Haushaltsverabschiedung. Untermauert wurde diese Empfindung durch die von der Verwaltung vorgelegte Beschlussvorlage. Diese empfahl neben der Zustimmung zum Haushalt auch die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer. Unnötigerweise war dies verbunden mit einem Angriff auf den hiesigen Gewerbeverband. Der Gewerbeverband nahm dies zum Anlass, im Vorfeld der Sitzung an alle Gemeinderatsmitglieder eine Klarstellung zu versenden und bei der Verwaltung ein partnerschaftliches Verhalten anzumahnen. Immerhin trägt das Gewerbesteueraufkommen zu fast 30% der gemeindlichen Einnahmen bei.

Das Bürgerforum macht deutlich, dass es keinen formalen Grund gibt, die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen und stimmte deswegen in der Sitzung auch gegen eine Erhöhung. Im Jahr 2016 sind weder eine Entnahme aus den Rücklagen noch eine Kreditaufnahme geplant. Außerdem wurden – insbesondere auf Seiten der Verwaltung selber – nicht alle Einsparpotentiale im Haushalt ausgeschöpft. Zwar hatte die Verwaltung im Rahmen der Vorgespräche eine Streichliste vorgelegt,

die im wesentlichen Zukunftsprojekte der Gemeinde betrifft (z.B. Kinder und Klimaschutz), Einsparungen im Bereich der Verwaltung selber wurden aber nicht vorgenommen.

Besonders interessant war der Sitzungsverlauf bei der Diskussion der Steuererhöhungen. Nach dem Vorschlag des Bürgermeisters beide Steuern um jeweils 40 Punkte zu erhöhen, ergriff der Fraktionsvorsitzende der CSU, Anton Fitzmaier, als erster das Wort. Er betonte die Notwendigkeit der Steuererhöhung, nicht aber in dieser Höhe, da dies für die Betroffenen doch eine zu große Belastung bedeuten würde. So wurde am Ende – auf Vorschlag Fritzmaiers - jeweils eine Anhebung um 20 Punkte beschlossen, vielleicht das, was der Bürgermeister von Anfang an wollte?

Zum Ende der Haushaltsdiskussion muss man feststellen, dass den zahlreichen Sitzungen, die der Finanzausschuss zur Ausarbeitung der vorgelegten Haushaltsatzung abgehalten hat, nur bedingt Rechnung getragen wurde. Das Bürgerforum und auch weitere Mitglieder des Gemeinderates können es nicht nachvollziehen, dass die Verabschiedung des Haushalts 2016 durch Bürgermeister und Verwaltung so voreilig angestrebt wurde, ohne alle bereits bekannten haushaltsrelevanten Themen und Projekte zu berücksichtigen. Wieder einmal mangelt es an der notwendigen Transparenz.

Die fehlende Fairness im Umgang mit den Gemeinderatsmitgliedern sei ebenfalls noch angemerkt. Das Bürgerforum hat bereits im September 2015 einen Antrag eingereicht, der die Verbesserung der gefährlichen Verkehrssituation am Ortseingang Hohenbrunn zum Inhalt hat. Weder im Oktober noch im November wurde dieser – für viele Bürgerinnen und Bürger sehr wichtige – Antrag auf die Tagesordnung gesetzt. Vielmehr nutzte die Verwaltung den ihr zustehenden zeitlichen Spielraum von drei Monaten komplett aus, um den Antrag dieses Mal, als letzten Tagesordnungspunkt Nummer 12 auf die Agenda zu setzen. Damit war bereits von vorne herein klar, dass dieser Antrag dem Ende der Sitzung – nämlich 22.30 Uhr – zum Opfer fallen würde. Erst gar nicht auf die Agenda schaffte es der oben erwähnte Antrag des Bürgerforums zum stufenfreien Ausbau des S-Bahnhofs in Hohenbrunn.